

NOCH SO EIN FAULES EI AUS DEM HAUSE BECKSTEIN VORSICHT HERR SCHILY!

Nach dem peinlichen Desaster beim kürzlich gescheiterten NPD-Verbotsverfahren (die Geschichte schaffte es sogar in die *New York Times*) stahl sich Bayerns Innenminister Beckstein wieder einmal aus seiner "politischen Verantwortung".

So denkt vermutlich Bundesinnenminister Schily, nachdem Beckstein dem eigenen faulen Ei ausgewichen war, das sich jetzt auf Schily zubewegte. Der kennt Becksteins Tricks seit langem. Beckstein war es, der das NPD-Verfahren initiierte und der von Anfang an wusste, dass die Begründung des Antrags auf äußerst fragwürdigen Zeugen basierte. Als die Wahrheit scheinbar herauskam und die Blamage sichtbar wurde, zeigte er sich nicht mehr verantwortlich.

■ Das Schweigen sagt alles

Lang und breit erklärte Beckstein am 6. Februar vergangenen Jahres im bayerischen Landtag, wie dumm sich doch ein leitender Beamter aus dem "Hause Schily" angestellt habe, weil er in einem Telefonat mit einem Richter des Bundesverfassungsgerichts die Wahrheit gesagt hatte. Der Berliner Beamte hatte offen über das Problem so genannter V-Männer gesprochen.

Diese Spitzel des Verfassungsschutzes (VS) waren der Grund, warum das höchste deutsche Gericht gezwungen war, das Verfahren gegen die rechtsextreme NPD einzustellen.

Worüber Beckstein nicht sprach, war die Tatsache, dass sich die Verfassungsrichter wegen der Verheimlichung wichtiger Zusammenhänge hintergangen fühlten. Ihnen drängte sich der Verdacht auf, dass der VS mit Hilfe seiner V-Leute die Neonazi-Szene nicht nur ausspionierte, sondern selbst steuerte. Es war Beckstein, der sich bis zum Schluss weigerte, den Richtern wesentliche Tatsachen zu offenbaren.



Kein Wort verlor Beckstein in der besagten Landtagsitzung auch darüber, dass er als eigentlicher Urheber des Verbotsverfahrens mitverantwortlich für das staatliche Vorgehen war, in dessen Konsequenz das höchste Verfassungsorgan regelrecht auf den Leim geführt werden sollte.

Hat Beckstein seine Strategie nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts geändert, das ihm mehr oder weniger die Suppe versalzen hat? Vermutlich nicht.

■ Was verschweigt Beckstein sonst noch ?

Es gibt noch mehr. Vorenthalten hat der Minister den Landtagsabgeordneten damals die wichtigste Information: der von Beckstein,

kommandierte bayerische VS hat es mit den V-Leuten noch bunter getrieben, als es zu diesem Zeitpunkt aus anderen Bundesländern bekannt war. Heute weiß man, was Beckstein schon damals wusste, aber verschwieg: Als die NPD-Verbotsanträge schon gestellt waren, versuchte der bayerische VS noch ein Mitglied des NPD-Bundesvorstands als Spitzel anzuwerben.



Hätten die Parlamentarier dies am 6. Februar 2002 bereits gewusst, hätte Beckstein nicht kaltschnäuzig behaupten können, "für diese unglaublichen Pannen ... trägt das Bundesinnenministerium zu 100% und nicht nur zu 98% die Verantwortung." Aus Becksteins Sicht bestand die "Panne" darin, dass die Wahrheit ans Licht kam und seine krummen Touren hätten aufliegen können.

■ Brandanschläge und Morde – wer trägt die Verantwortung ?

Zu Recht erwähnte Beckstein "die Verknüpfung der NPD mit der Neonazi-Szene und mit gewaltbereiten Skinheads", auf deren Konto nicht nur unzählige Brandanschläge auf jüdische Einrichtungen und Ausländerheime, sondern sogar Morde gehen.

Nachdem inzwischen bekannt geworden ist, dass die gesamte Führungsebene der NPD mit VS-Agenten durchsetzt war, stellt sich die Frage, wer die tatsächlichen geistigen Brandstifter hinter den Ekel erregenden Anti-Ausländer-Parolen sind. Und am Ende steht die Frage: Wer ist politisch verantwortlich für die Übergriffe der rechten Szene auf alles "Nicht-Deutsche". Drei der Karlsruher Verfassungsrichter stellten unmissverständlich klar, warum sie nicht bereit waren, das Verbotverfahren gegen die NPD weiterzuführen: "Staatliche Präsenz auf der Führungsebene einer Partei macht Einflussnahme auf deren Willensbildung und Tätigkeit unvermeidbar."

Wäre es Beckstein tatsächlich ernst gewesen mit dem NPD-Verbot, hätte er, wie von den Karlsruher Richtern gefordert, seine Agenten in der NPD enttarnen müssen. Dagegen sträubt er sich bis heute mit Zähnen und Klauen.

Warum? Könnte es sein, dass die Frage nach staatlicher Mitverantwortung akut wird? Möglicherweise würde der eine oder andere sogar begreifen, warum Beckstein vor allem in Wahlkampfzeiten die Angst vor "Überfremdung" schürt und die Stimmen am rechtsextremen Rand abschöpft. Warum noch die NPD wählen, muss man sich fragen, wenn man Sprüche wie den folgenden auch aus Becksteins Mund vernimmt: "Wir brauchen weniger Ausländer, die uns ausnützen, und mehr, die uns nützen." (*Focus*, 10. Juni 2000)

■ Beckstein lenkt ab

Angesichts derartiger verbaler Ausfälle drängt sich die Frage nach Becksteins eigentlichen Plänen auf. Im Jahre 1994 machte er sich dafür stark, die geheimdienstlichen Möglichkeiten des VS zu erweitern, um – wie er sagte – "politisch motivierte Straftaten" zu verhindern. Aber wurden rechtsextreme Übergriffe tatsächlich unterbunden?

Es sieht vielmehr so aus, dass der VS politisch missbraucht wurde und mit seinen neuen Möglichkeiten die Stimmung zusätzlich angeheizt hat. Seit bekannt ist, dass es in den NPD-Chefetagen von VS-Agenten nur so wimmelte, fragte nicht nur das Verfassungsgericht, inwieweit die rechte Szene sogar staatlich gelenkt wurde. Dem Wunsch der Richter, die geheimdienstlichen Umtriebe im rechten Milieu zu enthüllen, wich der hauptsächlich angesprochene Beckstein in der für ihn typischen Art aus: "Es kommt nicht in Frage, dass wir der NPD die V-Leute nennen." (*Münchener Merkur*, 11.7.2002) Stattdessen will Beckstein den Bundesinnenminister Otto Schily an den Pranger stellen. Denn die NPD hätte es ja dann nicht mehr gegeben, wenn die Wahrheit nicht ans Licht gekommen wäre.

■ Die nächste Schwindelei

Hat Beckstein etwas aus seiner politischen Pleite gelernt? Nein! Munter macht er weiter.

Denn schon wieder muss sich Schily vorsehen. Beckstein versucht gerade, ihm das nächste faule Ei ins Nest zu legen: ein höchst fragwürdiges "Gutachten" aus Bayern soll Schily sowie den Innenministern und -Senatoren der Länder als Rechtfertigung für die Diskriminierung einer religiösen Minderheit – die Scientologen – untergejubelt werden. Dabei wurde Scientology bereits von der Steuer befreit und als gemeinnützig anerkannt, in den USA, in Schweden und jedes Jahr in weiteren Ländern, gerade kürzlich in Österreich. Interessant ist dabei nur eines: Das Zustandekommen der so genannten "bayerischen Studie" gewährt einen ernüchternden Blick darauf, wie Beckstein die Öffentlichkeit manipuliert.



■ Gegen alle Regeln der Wissenschaft

Auch über die wahren Hintergründe der so genannten "bayerischen Studie" zu "Auswirkungen und Risiken unkonventioneller Psycho- und Sozialtechniken" hält sich der Innenminister aus guten Gründen bedeckt. Würden alle peinlichen Einzelheiten der Entstehungsgeschichte bekannt, wäre klar, dass das pseudowissenschaftliche Machwerk bloß eine gigantische Steuergeldverschwendung von sage und schreibe 250 000 Euro darstellt.

Die Verschleierung begann schon damit, dass die "Expertise" nach außen hin vom Sozialministerium in Auftrag gegeben wurde, obwohl Innenminister Beckstein mit unsichtbarer Hand das Ergebnis steuerte.

Nach Auskunft des Sozialministeriums sind alle Fragen zum Inhalt der "Studie" dann auch an das Innenministerium zu richten. Und nur Beckstein als auch sein Stellvertreter Regensburger wagen es überhaupt, jene „Studie“ als „Gutachten“ zu bezeichnen.

Die Haare stehen jedem seriösen Wissenschaftler zu Berge, wenn er hört, dass der besagten "Untersuchung" ein so genannter „Werkvertrag“ zwischen dem Sozialministerium und dem beauftragten "Institut für Therapieforchung" (IFT) zugrunde lag. Wenn unvoreingenommen geforscht wird und das Ergebnis offen ist, werden normalerweise einfache "Dienst-Verträge" abgeschlossen. Werkverträge dagegen werden immer dann verwendet, wenn beispielsweise ein Arzneimittelhersteller einen "Nachweis" für die Wirksamkeit eines Medikaments benötigt. Der Auftraggeber bezahlt praktisch für das von ihm gewünschte Ergebnis.

Auch der mit dem IFT geschlossene Werkvertrag (er liegt der Redaktion vor) lässt keinen Zweifel daran, dass Beckstein vor allem an negativen Aussagen über die Scientology Kirche interessiert war. Von unabhängiger, freier Forschung keine Spur. Das Ergebnis war vorab schriftlich fixiert. Für den Fall, "dass das angestrebte Ziel der Untersuchung nicht erreicht werden kann", mussten die Professoren mit Kündigung und sogar dem Verlust ihres Honorars rechnen. Da Positives wie "Chancen zur Lebensverbesserung" nicht zum "Ziel der Untersuchung" gehörten, standen die Forscher unter permanentem Druck, Beckstein gefällig zu sein zu müssen.

Die Staatsregierung ließ sich laut Vertrag regelmäßig über die Zwischenergebnisse berichten und hatte das Recht, bei Nichtgefallen "Mängel" beseitigen zu lassen.

Einem privaten Institut wie dem IFT mag ein solcher Knebelvertrag zuzumuten sein. Die beteiligten Wissenschaftler einer staatlichen Universität müssen sich aber vorhalten lassen, dass sie sich einen Maulkorb haben umhängen lassen und ihren Berufsstand in Misskredit gebracht haben.

■ Kein Platz für V-Leute in der Forschung

Becksteins "Staatsministerium des Innern", so sagt es der Vertrag, musste bei der Auswahl der zu befragenden Personen beteiligt werden. Damit konnte Beckstein zusätzlich Einfluss auf ein ihm gefälliges Ergebnis nehmen. Da die "Studie" auch als Rechtfertigung für die von Beckstein angezettelte VS-Überwachung einer gesetzestreu Religionsgemeinschaft erhalten muss, liegt der Verdacht nahe, dass er das "Untersuchungs"-Ergebnis möglicherweise dadurch beeinflusst hat, dass V-Leute des VS

als "ehemalige Scientologen" präsentiert wurden. Faule Tricks passen nicht zu einer seriösen Wissenschaft – und V-Leute schon zweimal nicht.

Auf der Strecke blieb die Objektivität. Wer die "Expertise" mit der erlebten Wirklichkeit bei der Scientology Kirche vergleicht, sieht sich in der Befürchtung bestätigt, dass die Studie nichts anderes als ein erkauftes und daher wertloses Machwerk ist.

Regierungsvertreter zahlreicher anderer Nationen haben Scientology nach objektiven Untersuchungen in den Rang anerkannter Kirchen erhoben. Da an dem Auftragsgutachten auch zwei vom Staat bezahlte Professoren (Heinz Schöch und Norbert Nedopil) als Subunternehmer beteiligt waren, stellt sich auch die Frage nach deren wissenschaftlicher Redlichkeit. Einer der stellvertretenden Rektoren der Münchner Universität gab dazu Folgendes zu bedenken: "Wir sind eine staatlich finanzierte Behörde und daher verpflichtet, die Regeln der wissenschaftlichen Kunst einzuhalten." Gegen diesen Grundsatz haben Nedopil und Schöch mit einiger Sicherheit verstoßen.

■ Verwaltungsgericht München: „Kein Gutachten der Universität“

Laut Vertrag waren die "Forscher" verpflichtet, die Ergebnisse ihrer Untersuchung im Rahmen einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Anfang Dezember letzten Jahres luden sie dazu die Medien in die Münchner Universität ein. Es war nur ein weiterer Trick, um ihrer "Studie" nach außen hin die unverdienten Weihen einer angesehenen Hochschule zu geben. Doch Beckstein und seine gefügigen Helfer kamen mit dieser Finte nicht durch: Das Verwaltungsgericht München hat inzwischen festgestellt, dass die Pseudostudie nicht als wissenschaftliche Untersuchung der Münchner Universität ausgegeben werden darf.

Im Nachhinein erklärt dies auch, warum der für die "Studie" mitverantwortliche Strafrechtsprofessor Heinz Schöch am Tag der besagten Pressekonferenz so überaus emotional reagierte. Er war gewissermaßen auf frischer Tat ertappt worden. Die Scientology Kirche hatte gegen diese Form der Irreführung Klage erhoben und – wie sich kurze Zeit später herausstellte – vom Gericht Recht bekommen. Peinlich für den Herrn Juraprofessor.

■ Vorsicht: Gefälschte Beweise

Man könnte die "bayerische Studie" unter der Rubrik "schmutzige Tricks" ad acta legen, wäre da nicht ein durchsichtiger Plan, damit die Öffentlichkeit samt Bundesinnenminister hinters Licht zu führen.

Beckstein ist dabei, ein manipuliertes, auf bezahlten Meinungsäußerungen basierendes „Gutachten“ für politische Zwecke zu missbrauchen. Er versucht damit den Umstand zu vernebeln, dass tatsächlich keine Gesetzesverstöße der Scientology Kirche und ihrer Mitglieder vorliegen. Trotz einer mehr als fünfjähriger VS-Beobachtung waren nicht einmal Anhaltspunkte für tatsächliches Fehlverhalten der Scientologen zu finden. Da bleibt als letzte Möglichkeit nur, fehlende Beweise durch scheinwissenschaftliche Vermutungen zu ersetzen.

Der Appell an Bundesinnenminister Schily kann nur lauten: Vorsicht, faules Ei!

Gute Nachrichten aus Fernost

■ Scientology in Taiwan offiziell als Religion anerkannt

Für ihre Dienste an Verletzten und Hilfsbedürftigen nach dem verheerenden Erdbeben in der taiwanesischen Stadt Nan Tao im Jahre 1999 war eine Gruppe von 500 „Ehrenamtlichen Scientology-Geistlichen“ von dem Präsidenten Taiwans, Herrn Chen Shui-bian, mit der "Good Citizen, Good Deeds"-Auszeichnung belobigt worden. Nur wenige Jahre später, rund 15 Jahre nachdem die erste Scientology Mission in der Hauptstadt Taipeh ihre Tore in Taiwan geöffnet hatte, hieß die taiwanesisische Regierung die Scientology-Religion jetzt offiziell willkommen.



Im März diesen Jahres registrierte das Innenministerium die Scientology Kirche als 25ste im Land anerkannte Religionsgemeinschaft in Taiwan neben dem Buddhismus, Taoismus, Christentum und 21 weiteren religiösen Gemeinschaften.

Derzeit ist Scientology mit neun Missionen in dem 22 Millionen Einwohner zählenden Land vertreten. Mit der offiziellen Registrierung der Scientology Kirche in Taiwan wird die Reihe ähnlicher Bestätigungen international fortgesetzt, jüngste Beispiele sind Neuseeland, Schweden und Südafrika. Aber auch in den USA, Kanada, Australien, England und in anderen Ländern ist die Scientology Kirche seit Jahren anerkannt.

■ Freies Denken – dynamische Entwicklung

Taiwan ist Bayerns drittgrößter Handelspartner in Asien. Im Jahre 2001 betrug allein das Handelsvolumen mit dem Freistaat Bayern 2,2 Milliarden Euro. Auf einem Symposium Ende März 2001 in Taipeh hob der stellvertretende bayerische Wirtschaftsminister, Hans Spitzner, die vielen Parallelen zwischen Bayern und Taiwan hervor. Wie im weißblauen Freistaat seien in Taiwan viele dynamische mittelständische Betriebe zu Hause. Spitzner rief die Teilnehmer des Symposiums zu einer verstärkten wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf.

Es stellt sich die Frage, wie Deutschland und insbesondere Bayern den Gedanken der religiösen Toleranz aus Taiwan zu importieren gedenken.